Staatskanzlei
Parlamentsdienste

Thurgau

Frauenfeld, 2. Juli 2026

Kurzprotokoll
Sitzung des Grossen Rates

Datum:	Mittwoch, 1. Juli 2026
Zeit:	09.30–12.15 Uhr/14.00–16.40 Uhr
Ort:	Rathaus, Frauenfeld
Vorsitz:	Meier Felix, Präsident, Romanshorn
Anwesend:	121 Mitglieder am Vormittag 111 Mitglieder am Nachmittag

1. Kantonsbürgerrechtsgesuche
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Ein Ordnungsantrag der Justizkommission auf Einzelabstimmung beim Gesuch Nr. 113 wird mit 101:20 Stimmen gutgeheissen. Ein Ordnungsantrag aus dem Rat auf Rückweisung des Gesuchs Nr. 113 an die Justizkommission wird mit 64:54 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Der Rat heisst drei Bürgerrechtsgesuche von Schweizer Personen mit 121:0 Stimmen gut. Das Gesuch Nr. 113 wird mit 60:58 Stimmen bei 3 Enthaltungen gutgeheissen. Ebenso finden 108 Gesuche von Ausländerinnen und Ausländern mit 106:10 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Zustimmung des Rates.

2. Interpellation von Jacob Auer vom 7. Mai 2025 "Alarmierende Arbeitsbedingungen in der 24-Stunden-Pflege"
Diskussion

Der Interpellant beantragt Diskussion, die mit 86:0 Stimmen beschlossen wird.

3. Geschäftsbericht 2025, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung, sowie Tätigkeitsbericht 2025 des Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Eintreten auf den Geschäftsbericht ist gemäss §§ 37 und 39 der Kantonsverfassung obligatorisch. Der Vereinbarung zwischen der Finanzverwaltung und der Finanzkontrolle vom 4. Juni 2026 wird mit 104:2 Stimmen zugestimmt (Beschlus-

Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld
+41 58 345 53 16, grossrat.sk@tg.ch
parlament.tg.ch

sesziffer 1). Der Geschäftsbericht 2025, umfassend den Rechenschaftsbericht des Regierungsrates und die Staatsrechnung inkl. Anhang 2025, die aus der Erfolgsrechnung, der Investitionsrechnung und der Bilanz per 31. Dezember 2025 besteht, wird vom Rat mit 88:14 Stimmen bei 5 Enthaltungen genehmigt (Beschlussesziffer 2). Mit 106:0 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt er die Entnahme des Aufwandüberschusses von Fr. 6'594'402.20 aus dem Bilanzüberschuss (Beschlussesziffer 3). Vom Tätigkeitsbericht 2025 des Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten wird Kenntnis genommen.

4. Fragestunde
Beantwortung

Der Regierungsrat beantwortet fünf Fragen. Die nächste Fragestunde findet am 16. September 2026 statt.

5. Änderung des Gesetzes über die Energienutzung (ENG)
Fortsetzung 1. Lesung

In der Fortsetzung der 1. Lesung wird ein Antrag zur Änderung von § 8b Abs. 1 und zu einem neuen Abs. 2 mit 58:47 Stimmen angenommen. In § 8b Abs. 1 wird die Formulierung "oder Fassade" gestrichen, und der neue Abs. 2 lautet wie folgt: "Bei Nicht-Wohnbauten gilt Abs. 1 auch bei einer umfassenden Sanierung der Fassade." Ebenfalls angenommen wird mit 104:5 Stimmen bei 1 Enthaltung ein Antrag, § 14d Abs. 1 wie folgt zu ändern: "Die Netzbetreiber erstellen bis 2030 in Zusammenarbeit mit den in ihrem Netzgebiet liegenden Politischen Gemeinden ein Ausbaukonzept für das Mittel- und Niederspannungsverteilnetz (Netzebenen 5b, 6 und 7)." Die 2. Lesung erfolgt an der nächsten Ratssitzung.

Traktanden 6 bis 10 nicht behandelt.